

Wohin steuern Peru, Ecuador, Bolivien und Chile?

Dieser - wie Moderator Klaus Bodemer bemerkte - für eine Abendveranstaltung ambitionierten Frage wurde auf dem vom Lateinamerika-Forum Berlin (LAF) in Kooperation mit der Infostelle Peru e.V. und den Lateinamerika Nachrichten gemeinsam organisierten Podium am 24. Juni nachgegangen. In allen genannten Ländern haben in diesem Jahr landesweite Wahlen stattgefunden oder stehen an - mit Ausnahme Boliviens, wo es nur Regionalwahlen gab. Gleichermaßen ist Südamerika ein von der Covid-19-Pandemie besonders betroffener Kontinent. In einleitenden Worten verwies der Moderator Klaus Bodemer auf mehrere gemeinsame Aspekte der vier Länder. So gebe es dort ein starkes Misstrauen gegenüber politischen Eliten, was sich im Wahlverhalten sowie in einer niedrigen Wahlbeteiligung ausdrücke. Dementsprechend hob er auf die Frage der Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen auf die Demokratie und die Stabilität der Institutionen ab. In diesem Zusammenhang wies er daraufhin, dass das Links-Rechts-Schema zwar noch eine Gültigkeit besitze, sich aber nun mit einer Oben-Unten-Achse überlappe, was weitere Fragen für die Zukunft der Demokratie zur Folge habe: wird diese gestärkt oder erodiert sie eher? Gibt es Hoffnungen auf eine neue Linkswende?

Über die am 16. Mai erfolgte Wahl des Verfassungskonvents in Chile berichtete Sophia Boddenberg. Dort war es nach der Protestwelle ab 2019 im vergangenen Jahr zu einem Referendum über den Beginn eines Prozesses gekommen, an dessen Ende eine neue Verfassung stehen soll. Es ist das erste Mal, dass in Chile eine demokratisch gewählte Versammlung eine Verfassung ausarbeitet. Dadurch bestehe die Möglichkeit, die noch aus der Zeit der Diktatur Augusto Pinochets stammende aktuelle Verfassung zu ersetzen. Nach der Ausarbeitung der Verfassung muss diese in einem zweiten Referendum von den Wähler:innen im nächsten Jahr bestätigt werden. Das wichtigste Ergebnis der Wahl ist laut Boddenberg, dass die aktuell regierende rechte Parteienkoalition von Präsident Sebastián Piñera auf nur rund ein Viertel der 155 Delegierten gekommen ist. Diese war bisher aufgrund des Wahlsystems regelmäßig überrepräsentiert gewesen. Zudem haben es viele parteiunabhängige Kandidat:innen und Aktivist:innen in den Konvent geschafft, teils auf Parteilisten, teils mit Unterstützung aus sozialen Bewegungen. Auch waren 17 Listenplätze für Indigene reserviert sowie der Konvent geschlechterparitätisch aufgestellt - wenngleich dies im konkreten Fall das Nachrücken männlicher Kandidaten begünstigt habe. Dennoch bilde, so Boddenberg, mit dem Konvent zum ersten Mal ein gewähltes Organ die chilenische Bevölkerung annähernd ab. Für die Protestbewegung drängende Probleme in Chile sind die weitgehend privatisierten sozialstaatlichen Leistungen wie Gesundheits- und Rentenversorgung, die schwach ausgeprägte Arbeits- und Umweltgesetzgebung, die privatwirtschaftliche Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sowie die große soziale Ungleichheit. Für einen tiefgreifenden Wandel im Sinne einer Überwindung dieses neoliberalen Modells biete der verfassungsgebende Prozess nun eine Chance. Voraussetzung dafür sei, dass sich die Vertreter*innen des ehemaligen Mitte-Links-Bündnisses Concertación nicht mit den Rechten verbünden und gemeinsam das bisherige System verteidigen.

Für Boddenberg hängt die weitere Entwicklung des verfassungsgebenden Prozesses weiterhin auch vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen im November ab - wer die nächste Regierung anführen wird, sei wichtig, um wie von den Bewegungen gefordert verbindliche Mechanismen der demokratischen Beteiligung am Prozess umzusetzen. Die Wahl werde voraussichtlich zwischen Daniel Jadue, dem Kandidaten der Kommunistischen Partei, und eine*r Vertreter*in der ehemaligen Concertación, wahrscheinlich Yasna Provoste, entschieden. Ein*e Kandidat*in der Concertación könnte einen potenziellen zweiten Wahlgang mit Hilfe von Stimmen aus dem rechten Lager gewinnen. Deutlich geneigter, Forderungen der sozialen Bewegungen zu entsprechen, wäre Daniel Jadue. Er würde jedoch kein kommunistisches, sondern eher ein sozialdemokratisches Modell etablieren, einen stärkeren Sozialstaat und eine Abkehr vom Neoliberalismus. Gegen eine Absage an den Extraktivismus und tiefgreifendere Veränderungen beim Rentensystem, bei der Energieversorgung oder bei der sonstigen Infrastruktur könnten aufgrund Chiles reichhaltiger Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (die die verfassungsgebende Versammlung nicht ändern darf) jedoch Investoren klagen.

Als nächstes berichtete Hildegard Willer über die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Peru. Zwar stand Peru in den letzten Jahren aufgrund der starken Marktöffnung vor allem makroökonomisch gut da, jedoch befindet sich das politische System schon länger in der Krise. Quasi alle Präsidenten der letzten Jahrzehnte sind in Korruptionsaffären verstrickt, in den letzten 5 Jahren hat es zudem allein vier Präsidenten gegeben. Durch die Coronakrise - in der Peru den höchsten Anteil an Toten in Relation zur Bevölkerung zu beklagen hatte - habe sich Willer zufolge die Klassengesellschaft des Andenstaates deutlich enthüllt. Im ersten Wahlgang am 11. April war der zuvor weitgehend unbekannte linke Kandidat, der Dorfschullehrer und Gewerkschafter Pedro Castillo, mit nur 19 Prozent der Stimmen als Sieger in die Stichwahl eingezogen. Er ist für die marxistisch-leninistische Partei Perú Libre von Vladimir Cerrón angetreten, welcher selbst aufgrund einer Bewährungsstrafe nicht zur Wahl zugelassen war. Castillo sei einerseits ein Linker, dabei jedoch religiös und mit überaus konservativen Ansichten im gesellschaftspolitischen Bereich. Als Zweitplatzierte zog die bei den Wahlen 2011 und 2016 jeweils knapp gescheiterte Keiko Fujimori in die Stichwahl ein, die seit 25 Jahren auf der politischen Bühne Perus steht und als Statthalterin ihres Vaters Alberto fungiert, der wegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption während seiner Amtszeit als Präsident im Gefängnis sitzt. Der Fujimorismus ist laut Willer eine politische Bewegung, die immer knapp ein Viertel der Bevölkerung erreichte, aber in den letzten Jahren kriselte. Der Wahlkampf wurde ausgesprochen polarisiert geführt, alle großen Medien waren auf der Seite Fujimoris, die die Angst vor dem Kommunismus schürte. Auch der Rassismus gegenüber der Landbevölkerung spielte eine bedeutende Rolle. Castillo kam medial kaum vor, stattdessen nutzte er für seine auf die ländlichen Gebiete fokussierte Kampagne Regionalradios, die Lehrgewerkschaft und soziale Medien. Von dessen Wahl hätten sich viele einen Wandel weg vom etablierten Modell versprochen, auch sei Castillo für viele eine Identifikationsfigur gewesen.

Für die Stichwahl mäßigte sich Castillos Programmatik etwas, so sprach er etwa nicht mehr von Verstaatlichung von Industrien, sondern von Neuverhandlung von bestehenden Verträgen. Zudem suchte er sich Unterstützung bei gemäßigten Linken wie Veronika Mendoza von Juntos por el Perú. Dies sei auch notwendig gewesen, so Willer, da Castillo ein eigenes Team gehabt habe.



Die Wahl am 6. Juni war äußerst knapp, Castillo gewann mit rund 40.000 Stimmen, sämtliche (inter)nationalen Wahlbeobachter bescheinigten einen sauberen Ablauf. Keiko Fujimori hingegen erkannte die Wahl nicht an und setzte auf Verzögerung, sei es durch Forderung der Annullierung von Stimmen, sei es durch den Rücktritt eines ihr wohlgesonnenen Vertreters im Wahlgericht. Damit zielt Fujimori auf die weitere Destabilisierung des Landes und die Verhinderung der Ausrufung Castillos als Präsident am 28. Juli. Das Parlament hatte sich in der vorangegangenen regulären Legislaturperiode äußerst destruktiv verhalten, eine Sonderwahl im Januar 2020 schaffte keine Abhilfe. Für Willer ist wichtig zu betonen, dass Peru eigentlich über keine Parteien verfügt. Vielmehr seien diese von Einzelnen mit ihren Unterstützern geprägt, die oft in der Folge klientelistisch agierten. Das letzte Parlament hatte Martín Vizcarra abgesetzt, auf Basis eines alten Passus, der dies bei "moralischer Inkapazität" ermöglichte. Daran sei abzusehen, was Castillo blühen könnte, denn auch das neu gewählte Parlament ist äußerst fragmentiert, Perú Libre hat samt Bündnispartner nur 41 von 130 Sitzen.

Prognostisch sei zwar zu erwarten, dass Castillo das Amt übernehme. Hierfür spreche neben der Robustheit der Wahlbehörden auch die Infragestellung von Fujimoris Anliegen der Blockade auch durch Teile derer, die sie gewählt haben. Allerdings sei damit noch wenig über den Inhalt und die Dauer einer Regierung Castillos gesagt. Castillo sei selber "eine Wundertüte", so Willer, er halte sich in letzter Zeit sehr zurück. Vulnerable Gruppen, wie die über 1,2 Millionen venezolanischen Flüchtlinge im Land könnten auch unter Castillo kaum mit Unterstützung rechnen, da die Mehrheit der Bevölkerung diesen ablehnend gegenüberstehe.

Castillo passe nur insofern in ein Links-Rechts-Schema, als dass er stark auf Umverteilung und auch eine gewisse ethnische Repräsentation in der weiterbestehenden peruanischen "Kastengesellschaft" setze, wohingegen er keine besonders ausgeprägte Programmatik in Umweltthemen oder bezüglich Minderheitenrechten habe. Unabhängig davon bestehen starke Vetomächte im Kongress. Auch Fujimoris Fuerza Popular hat dort noch einen gewissen Einfluss. Wahrscheinlicher als ein Militärputsch sei jedoch, dass die Strategie Fujimoris aufgehe und die gesamte Wahl von einem neuen Parlament annulliert werde.

Anschließend berichtete Anika Pinz von den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Ecuador. Der letzte Präsident Lenín Moreno hatte, obwohl als politischer Erbe Rafael Correas ins Amt gekommen, den Bruch mit diesem vollzogen und letztlich eine sehr neoliberale Politik gemacht, u.a. um Kredite Ecuadors beim internationalen Währungsfonds zu ermöglichen. Dies hatte zu breiten Protesten unter wesentlicher Beteiligung der Indigenen Bevölkerung sowie zu schlechten Umfragewerten geführt, weshalb Moreno zur Wahl dieses Jahr nicht mehr angetreten war. Die Flagge des Correísmus hielt im Wahlkampf der junge Politiker Andres Arauz hoch. Er war unter Correa Minister gewesen und propagierte einen starken Sozialstaat. Der traditionell neoliberale Kandidat Guillermo Lasso, ehemaliger Vorstand einer großen Bank, trat bereits zum dritten Mal an und setzte sich besonders für die Interessen großer Unternehmen ein. Für die Partei Pachakutik, den politischen Arm der Indigenendachorganisation CONAIE, trat der progressive Yaku Pérez an, der sich für einen wahrhaftig plurinationalen Staat, den Schutz der Natur sowie als einziger Kandidat für ein liberales Abtreibungsrecht stark machte. Arauz gewann den ersten Wahlgang, auf Platz zwei gab es jedoch ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Lasso und Pérez, das schließlich Lasso sehr knapp für sich entschied. Eine Überraschung war das auch noch recht starke Abschneiden eines weiteren linken Kandidaten, Xavier Hervas, an vierter Stelle.



Der erste Wahlgang machte für Pinz deutlich, dass der Neoliberalismus der hauptsächliche Verlierer sei, während linksgerichtete Kandidaten die meisten Stimmen auf sich vereinigten. Dabei drückte sich insbesondere im Abschneiden von Pérez und Hervas der Wunsch nach einer linken Alternative zum Correísmo aus. Dennoch gewann Lasso letztlich den zweiten Wahlgang. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Pérez und Pachakutik zur ungültigen Stimmabgabe aufgerufen hatten und etwa 16% der Stimmen ungültig waren, während der Abstand zwischen Lasso und Arauz am Ende nur ca. 4 Prozentpunkte betrug. Aus diesem Grund gaben verschiedene Stimmen Pachakutik die Schuld am Wahlsieg des neoliberalen Kandidaten.

Pinz' Bewertung der Lage ist, dass der Correismus in Ecuador seit Jahren stark polarisiert -statt kritischer und reflektierter Äußerungen, die auch Verdienste von Correa wie die Stärkung der Infrastruktur einbeziehen würden, wird Correa häufig auf das Thema Korruption reduziert. Angesichts dessen hat es Arauz nicht geschafft, sich hinreichend von Correa zu distanzieren. Mehr denn als Auftrag an einen rechten Präsidenten sei das Wahlergebnis als Wunsch nach neuen Optionen sowie als Ablehnung der Figur Correas zu verstehen. Moderator Klaus Bodemer bezeichnet das Ergebnis als überraschend und erkundigt sich, wie die massive Distanzierung der Indigenen Bewegung vom Correísmo angesichts der unter Correa durchaus vorhandenen Zusammenarbeit mit Indigenen Kräften sowie des sympathischen Programms von Arauz zu erklären ist. Laut Pinz hat dies mit der Kriminalisierung zahlreicher Aktivist:innen unter Correa zu tun sowie damit, dass Correas sozialinterventionistisches Modell auf Extraktivismus beruhte, was die Rechte der Natur nicht respektierte. Zudem habe Correa durch das Dirigieren der Kampagne von Arauz aus seinem belgischen Exil heraus weiter polarisiert. Da die Partei CREO von Lasso nur fünftstärkste Kraft im Parlament und ohne eigene Mehrheit ist, muss der neue Präsident künftig auf die anderen politischen Kräfte zugehen, von denen die stärkste UNES (die Partei von Arauz) und die zweitstärkste die Indigene Partei Pachakutik ist. Bei der Wahl zum Parlamentsvorsitz im Mai bekam die erfolgreiche Kandidatin von Pachakutik etwa auch Stimmen von CREO (was von Yaku Pérez kritisiert wurde, der Pachakutik inzwischen verlassen hat). Lasso hat zudem bereits ein "Sekretariat für die Völker und Nationalitäten" gegründet, es ist aber unklar, ob dies reine Symbolik ist oder ein Indiz dafür, dass es zu lagerübergreifender Kooperation kommen wird. Auch UNES und Pachakutik werden vermutlich zunächst Schwierigkeiten haben, aufeinander zuzugehen. Eine gegenseitige Blockade der Kräfte wäre jedoch fatal, vom Kooperationswillen der Parteien wird daher auf jeden Fall künftig einiges abhängen. Dennoch besteht für Pinz keine grundsätzliche Gefahr der Erosion der Demokratie, sondern vielmehr eine allgemeine Hoffnung der Bevölkerung, dass die Politiker*innen abseits des Schemas Correísmo - Lassoismus zusammenkommen und anders regieren können als zuvor. Die Indigene Bevölkerung muss Präsident Lasso dabei aufgrund ihrer guten Organisation und Vernetzung auf jeden Fall auf dem Schirm haben.

Als letztes berichtete Thomas Guthmann aus La Paz vom bolivianischen Wahlzyklus der letzten 2 Jahre, der durch den Bruch der konstitutionellen Ordnung bzw. den Putsch im Jahr 2019 gestört wurde. In den vorigen 14 Jahren der MAS-Regierungszeit war Bolivien gemessen an der vorherigen Episode seit Rückkehr zur Demokratie in den 1980er Jahren außerordentlich stabil. Evo Morales' Versuch, sich ein viertes Mal (unter der aktuellen Verfassung zum dritten Mal) zum Präsidenten wählen zu lassen, stellte jedoch für viele einen Verfassungsbruch dar.



Viele städtische Bewohner der Mittel- und Oberschicht wollten nicht länger von einem Indigenen Präsidenten regiert werden und versuchten, Morales zu diskreditieren. Aber auch in der Basis der MAS gab es vor allem unter den Jüngeren eine gewisse Müdigkeit, da die Regierung Morales' zum Teil autoritäre Züge angenommen hatte und es den Funktionären zum Teil mittlerweile mehr um die Macht als um politische Errungenschaften ging.

Bei der Wahl 2019 holte die MAS am Ende der Auszählung, für einige überraschend, anteilig deutlich mehr Stimmen als zu Beginn, so dass knapp Morales' Sieg im ersten Wahlgang verkündet wurde. Das führte zu Protesten der Mittel- und Oberschicht. Im Gegensatz zur MAS lehnte die weiße Elite es jedoch kategorisch ab, sich an einem zweiten Wahlgang zu beteiligen. Daraufhin kam es ausgehend von der Aufforderung des Militärs, Morales solle zurücktreten, zum konstitutionellen Bruch und schließlich zur Präsidentschaft von Jeanine Añez.

Die darauf folgende Mobilisierung von Seiten der MAS-Unterstützer:innen war deutlich größer als die vorherige der weißen Elite und führte zur Abriegelung von La Paz und in der Folge dort zu Benzinknappheit, was das Militär zum Anlass für das Massaker an der besetzten Raffinerie von Senkata nahm. Die neue Regierung von Jeanine Añez begann so gleich mit einem großen Autoritätsverlust und konnte sich lediglich auf die alte weiße Mittel- und Oberschicht sowie auf die Tieflandgebiete um Santa Cruz stützen. Die von ihr in der Corona- Pandemie verhängten, für viele von der informellen Wirtschaft abhängigen Bolivianer:innen fatalen strikten Ausgangsbeschränkungen sowie Repression verschlimmerten dies noch. Ab August 2020 kam es zu großen Mobilisierungen, und die MAS gewann die angesetzte Wahl mit 55% der Stimmen (und 20% Abstand auf den Zweitplatzierten Carlos Mesa). Nach der Rückkehr von Morales aus dem Exil wollte dieser als MAS-Parteichef die Kandidat:innen für die Regionalwahl 2021 bestimmen, was in vielen Departements zu schlechten Ergebnissen führte, aber nicht als Sieg der Rechten zu werten ist. In der MAS ist nun ein interner Konflikt zwischen Morales und seinen Anhängern und jenen zu erwarten, die die MAS als politisches Instrument der sozialen Bewegungen für eine dekoloniale Politik sehen. Die Verschiebung eines MAS-Kongresses von Juli auf August ist hierfür ein Indiz. Guthmann sieht die nächsten fünf Jahre klar durch die MAS geprägt, die trotz des Verlusts der Zweidrittelmehrheit weiter beide Parlamentskammern dominiert.

Grundsätzlich haben die Ereignisse seit November 2019 die Reihen der Indigenen Gesellschaftsteile gegenüber der Opposition geschlossen. Auch die Einigung der MAS-Parteilügel durch Luis Arce und David Choquehuanca hält er für wahrscheinlich, selbst wenn es denkbar sei, dass ein Prozess der Ausdifferenzierung in verschiedene Parteien stattfindet. Es könnte sein, dass sich Evo Morales mehr auf die internationale Vernetzung konzentrieren werde und dadurch trotz Machtverlust keinen Gesichtsverlust hinnehmen müsse.

Eine Opposition von außen, seitens antiextraktivistischer Kräfte sieht er nicht, einerseits haben auch andere Präsidentschaftskandidat*innen keine Alternativprogramme, zudem ist Bolivien großenteils urbanisiert, auch die Indigene Bevölkerung lebt mehrheitlich in Städten. Die aktuelle Ausrichtung der Wirtschaft werde angesichts von Wohlstandserwartungen als alternativlos gesehen. Hier sei jedoch auf die Entwicklung der Klimakrise in den nächsten Jahrzehnten zu schauen. Durch Stabilität und die Idee der Plurinationalität, die auch in anderen Ländern nun eine Rolle spielt, könne zudem eine Strahlkraft von Bolivien auf die Region ausgehen.

Ein Bericht von Martin Schäfer/Moritz Aschemeyer (Lateinamerika Nachrichten)

